

Vorratshaltung auch bei der Elektrizität

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **25 (1950)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der letzten Jahre zeigt sich in folgenden Zahlen:

Jahr	Anzahl der dem VSB angeschlossenen Genossenschaften	Umsätze in Millionen Fr.	Beschäftigte Personen
1934	13	2,7	325
1939	13	2,7	302
1944	23	8,7	565
1949	39	25,5	1522

Wie schon erwähnt, zeigt das Jahr 1949 gegenüber 1948 einen leichten Rückschlag. Die Gesamtheit der Umsätze ist von 26,7 Millionen 1948 auf 25,5 Millionen Franken im Jahre 1949 gesunken. Die ausbezahlten Gehälter gingen von 10,2 auf 9,9 Millionen Franken und die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 1533 auf 1522 zurück.

Indessen steht der VSB gegenwärtig in Verhandlung mit verschiedenen Produktivgenossenschaften, die dem Verband bisher nicht beigetreten sind.

Seit Ende des letzten Krieges haben im ganzen gesehen die Arbeiter-Produktivgenossenschaften in der Schweiz einen großen Schritt vorwärts gemacht. Eine ganze Reihe neuer Genossenschaften sind insbesondere in Basel, Bern, Biel, La Chaux-de-Fonds, Genf, Lausanne und Zürich entstanden. Sie arbeiten alle im Baugewerbe und den verwandten Berufen, wie Hoch- und Tiefbau, Gipserei, Bau- und Möbelschreinerei, Spenglerei, elektrische Installationen usw.

Der Besuch der Kongreßteilnehmer bei verschiedenen Arbeiter-Produktivgenossenschaften in Lausanne, unter anderem der Schreinereigenossenschaft, gab Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit, der guten Einrichtung und fachkundigen Leitung dieser Produktivgenossenschaften zu überzeugen.

Diese Arbeiter-Produktivgenossenschaften liefern den Beweis, daß Arbeiter durchaus imstande sind, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ein Unternehmen ins Leben zu rufen und gemeinsam zu führen, dessen genossenschaftlicher Aufbau zum Vorteil aller gereicht, da sie an den Betriebsüberschüssen — üblicherweise im Verhältnis der vereinbarten Löhne — teilhaben.

Nach einer recht langen Diskussion über die Höhe des Verbandsbeitrages beschloß die Versammlung Beibehaltung des bisherigen Ansatzes. Der Vorstand wurde eingeladen, zu handeln der nächsten Jahresversammlung ein gemeinsames Tätigkeitsprogramm auszuarbeiten.

Unter den Delegierten der Arbeiter-Produktivgenossenschaften in Lausanne bemerkte man Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, des Bau- und Holzarbeiterverbandes, des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ), des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (VSK), der Genossenschaftlichen Zentralbank, der Coop-Lebensversicherungsgenossenschaft und des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen.

Unter den Traktanden «Verschiedenes» forderte Dr. Jeanneret aus Lausanne die Versammlung auf, einer Resolution zuzustimmen, in welcher die Behörden aufgefordert werden, in der Vergabe öffentlicher Arbeiten bei preisgleichen Offerten die Arbeiter-Produktivgenossenschaften in gleicher Weise zu berücksichtigen wie die Privatunternehmen. Dieses offensichtlich gerechtfertigte Verlangen wurde durch einstimmige Annahme der vorliegenden Resolution von der Versammlung zum Beschluß erhoben.

(«Bau- und Holzarbeiter-Zeitung»)

Der Wohnungsbedarf in der Schweiz

Vom Ende 1939 bis Ende 1949 wurden in der Schweiz etwa 131 300 Wohnungen gebaut. Trotzdem hat die Zahl der verfügbaren Wohnungen nicht um diese Ziffer zugenommen, weil ein nicht genau abschätzbarer Teil davon, namentlich in Städten, ihrem Zweck entfremdet wurde. Der zu Anfang des Krieges vorhandene Leervorrat an Wohnungen

(30 000 bis 32 000) ist aufgebraucht. Der gegenwärtige Fehlbedarf beläuft sich auf 12 000 bis 15 000. In dieser Zahl ist aber noch kein angemessener Leervorrat inbegriffen, der zum mindesten 1% der Gesamtwohnungssumme ausmachen sollte und der mit etwa 13 000 Wohnungen in Rechnung zu ziehen wäre.

Vorratshaltung auch bei der Elektrizität

Seitdem die Elektrizitätsversorgung wieder normal wurde, ist auch das Interesse der Öffentlichkeit an der jeweiligen Versorgungslage zurückgegangen. Man hat auf jeden Fall genügend Elektrizität, und damit ist die Sache in Ordnung. Dennoch muß die Lage der Elektrizitätsversorgung weiter interessieren.

Während in der Wirtschaft und in den Haushaltungen unseres Landes eine vorsorgliche Vorratshaltung als notwendig erkannt worden ist, gilt es auch für unsere Elektrizitätsversorgung, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Außer dem Holz ist ja unsere Wasserkraftelektrizität die einzige bedeutende Energiequelle, die uns unabhängig vom Ausland zur Verfügung steht. Schwere internationale Störungen oder gar kriegerische Verwicklungen können uns sehr plötzlich und vielleicht noch vollkommener von ausländischen Energiezufuhren abschneiden, als es bereits zweimal innert 40 Jahren der Fall war. Für das Durchhalten bleibt uns darum nur un-

sere Wasserkraftelektrizität. Vorratshaltung also auch hier, und zwar so, daß über die sichere Deckung des jetzigen und in den nächsten Jahren zu erwartenden Bedarfs hinaus eine Reserve angelegt wird. Die Elektrizitätswerke sind mit zahlreichen Kraftwerkbauten daran, diese Aufgabe zu lösen, und auch der Stromexport, der sich 1939 als so wertvolle Reserve erwiesen hat, wird wieder aufgebaut. Das ist die eine Vorratshaltung, für die in der Elektrizitätswirtschaft unseres Landes gearbeitet wird; es ist eine Vorratshaltung auf lange Sicht.

Aber noch in einem andern Sinne werden in der Elektrizitätswirtschaft die Vorratskammern vergrößert. Um die winterliche Elektrizitätsversorgung von den Zufälligkeiten der jeweiligen Wasserführung möglichst unabhängig zu machen, brauchen wir viele Speicherseen. Diese Vorratskammern an Winterenergie sind nun für den kommenden Winter 1950/51 zahlreicher als im Vorjahr. Im Herbst 1949 konnten 1170

Millionen Kilowattstunden in Stauseen gespeichert werden. 629 Millionen in der Nordschweiz, 294 in der West- und 247 in der Südschweiz. Diesen Herbst dagegen ist durch neue Stauseen die Speichermöglichkeit auf 1310 Millionen Kilowattstunden gestiegen, was einer Zunahme um 12 Prozent gleichkommt.

Eine größere Vorratskammer nützt aber wenig, wenn sie nicht gefüllt ist. In dieser Beziehung sind die Verhältnisse gegenwärtig befriedigend. Am 21. August waren die Speicherseen mit 1148 Millionen Kilowattstunden zu 88 Prozent gefüllt, und es ist zu erwarten, daß sie bis Ende September nahezu ganz gefüllt werden können. Auf jeden Fall kann man

heute schon mit einer sicheren Reserve für den kommenden Winter von zirka 1200 Millionen Kilowattstunden rechnen. Das sind aber über 200 Millionen Kilowattstunden mehr als uns anfangs Oktober 1949 zur Verfügung standen. Diese bessere Versorgungslage für den kommenden Winter ist auch ein Anzeichen dafür, daß die Elektrizitätswirtschaft daran ist, die Stärkung und Anlage von Energiereserven in unserer Elektrizitätsversorgung auf lange Sicht kräftig zu fördern. So bereitet man sich auch in diesem wichtigen Zweig unserer Wirtschaft auf alle Eventualitäten vor — Eventualitäten, von denen alle hoffen, daß sie nicht eintreten werden. (Eing.)

VERBANDSNACHRICHTEN

Zentralvorstand

In seiner Sitzung vom 19. August 1950 bewilligte der Zentralvorstand der Allgemeinen Baugenossenschaft Kriens ein Darlehen aus dem Fonds de roulement. Er genehmigte die Abrechnung der Sektion Basel über die Verbandstagung 1950 und sprach den Organisatoren den besten Dank für die vorzügliche Durchführung aus. Sodann besprach der Zentralvorstand eingehend die Verfassungsinitiative der Bauern-Heimatbewegung betreffend die Verhinderung der Bodenspekulation. (Siehe besonderen Bericht in dieser Nummer des «Wohnens».)

Der Bericht über die Petitionsaktion gegen allgemeine Mietzinserhöhungen wurde genehmigt.

Einer breiten Diskussion rief eine Zuschrift der Section Romande über den Mietzinsausgleich. Die Section Romande befürchtet, es werde den Grundeigentümern eine generelle Mietzinserhöhung zugestanden, die nicht durch höhere Lasten der Hauseigentümer begründet sei, sondern nur um die Differenz zwischen den Mietzinsen der Alt- und der Neuwohnungen zu verringern. Sie ist der Auffassung, daß in diesem Fall ein Teil der zugestandenen Erhöhung zur weiteren Förderung des Wohnungsbaus an die Öffentlichkeit abgeliefert werden sollte. Der Zentralvorstand hielt jedoch an seinem Standpunkt fest, daß generelle Mietzinserhöhungen unbedingt ab-

gelehnt werden müssen. Die Frage des Mietzinsausgleichs soll jedoch im Zusammenhang mit dem Problem der weiteren Förderung des Wohnungsbaus später wieder aufgegriffen werden.

Einladungen aus Hannover und aus Wien, unser Verband möge sich an den dort stattfindenden Ausstellungen beteiligen, konnte nicht angenommen werden, da die Beteiligung an der Ausstellung anlässlich des Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Stadtplanung in Amsterdam unsere Zeit und unsere Mittel stark in Anspruch nimmt.

Im «Wohnen» ist kein Aufruf zum Internationalen Genossenschaftstag erschienen. Es wird dafür über die Veranstaltungen anlässlich des Genossenschaftstages berichtet.

Einer Anregung, Studien über einfaches Bauen durchzuführen, wird zugestimmt. Gts.

Verdankung

Herr Dr. Peter, früherer Zentralpräsident unseres Verbandes, hat uns eine größere Anzahl von gebundenen Jahrgängen unserer Verbandszeitschrift schenkungsweise überlassen. Das Geschenk kommt uns sehr gelegen, und wir sagen Herrn Dr. Peter verbindlichsten Dank dafür.

Die Redaktion.

UMSCHAU

XX. Internationaler Kongreß für Wohnungswesen und Stadtplanung

In Amsterdam fand vom 27. August bis 2. September der XX. Internationale Kongreß für Wohnungswesen und Stadtplanung statt, veranstaltet vom gleichnamigen Verband. Der Kongreß war erfreulich zahlreich besucht und entsprach offenbar einem stark empfundenen Bedürfnis nach gegenseitiger Kontaktnahme und Erfahrungsaustausch.

Die Kongreßarbeit war in willkommener Weise geteilt in Referate und Aussprachen einer- und in Besichtigungen andererseits. Die Referate behandelten vor allem die Fragen des Wohnungsbaues durch Baugesellschaften, die praktische

Anwendung der Städteplanung, die Vorfabrikation und neuere Techniken im Hausbau, die Rolle der Industrie im Zusammenhang mit der Landesplanung. Wichtige Einzelthemen wurden hiebei in besonderen Gruppensitzungen beraten und als Resultat entsprechende Entschlüsse vorgelegt. Im Anschluß an den Kongreß wurde eine gut benützte Rundfahrt durch eine Reihe von Städten durchgeführt.

Über den Kongreß wird in der nächsten Ausgabe von «Das Wohnen» ausführlich berichtet werden.